

DGB Mittelfranken | Kornmarkt 5-7 | 90402 Nürnberg

Stadt Herrieden
Bürgermeisterin
Frau Dorina Jechnerer
91567 Herrieden

per E-Mail
bettina.haubner@herrieden.de

16. November 2022

Sonntagsverkaufsverordnung nach § 14 LadSchIG

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Jechnerer,
sehr geehrte Stadtratsmitglieder,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 13. Oktober 2022.

Der DGB Mittelfranken und der ver.di Bezirk Mittelfranken lehnen mit dieser Stellungnahme gemeinsam die Offenhaltung von Verkaufsstellen an Sonntagen in der Stadt Herrieden im Jahr 2023 ab.

Zur Begründung:

Der DGB und ver.di lehnen eine Öffnung der Einzelhandelsgeschäfte an Sonntagen grundsätzlich ab – und zwar unabhängig von einer rechtlichen Betrachtung. Der freie Sonntag ist ein nicht verhandelbares Kulturgut.

Unseren Standpunkt über die Bedeutung des Sonntags sowie den Rechtsrahmen für die Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen haben wir Ihnen, Frau Jechnerer, im Januar 2021 sowie den Vertreter*innen der Fraktionen der im Stadtrat vertretenen Parteien und der Stadtspitze, vertreten durch Herrn Andreas Baumgärtner, bei einem Gespräch am 10.11.2022 zusammen mit den beiden christlichen Kirchen begründet dargelegt. Ferner haben wir auf die offenkundige Rechtsfehlerhaftigkeit bezüglich des räumlichen Geltungsbereichs und der Prägewirkung der Anlässe hingewiesen.

Gemeinsam mit Kirchen und Sozialverbänden vertreten wir die Auffassung, dass eine weitere Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Einzelhandel nicht hinnehmbar ist. Durch verkaufsoffene Sonntage wird diesen das

Norbert Feulner
Regionssekretär
DGB Region Mittelfranken

norbert.feulner@dgb.de

Telefon: 0911-24916-79

do/nf

Kornmarkt 5-7
90402 Nürnberg

www.mittelfranken.dgb.de

ohnehin schon verkürzte Wochenende vollständig zunichte gemacht.

Uns geht es beim Eintreten für den Schutz des Sonntags nicht um den Versuch einer Bevormundung mündiger Menschen, sondern um die Verhinderung einer Benachteiligung der Menschen, die sonntags zur Arbeit angehalten oder sogar gezwungen werden.

Goldene Regel

Klar ist: Wer am Sonntag einkaufen will, muss die Dienstleistung anderer in Anspruch nehmen. Sonntagseinkauf ist nicht gratis zu haben, er ist mit einem sozialen Preis zu bezahlen. Der verkaufsoffene Sonntag ist ein Wegbereiter in eine Zerteilung der Bevölkerung in Sonntagsgewinner*innen und Sonntagsverlierer*innen; solche Sonntagsverlierer*innen sind vor allem abhängig Beschäftigte, im Wesentlichen Frauen, sowie die Inhaber kleiner Geschäfte.

Zusammenfassend gilt auch hier die Goldene Regel praktischer Ethik: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu.“

Der Sonn- und Feiertagsschutz genießt in Bayern seit jeher einen besonderen Stellenwert. Es besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, die Sonntagsarbeit aus kulturellen, religiösen und sozialen Gründen auf das gesellschaftlich notwendige Maß zu begrenzen (Arbeit trotz des Sonntags).

Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht mit seinem wegweisenden Urteil vom 01.12.2009 bestätigt, indem es den arbeitsfreien Sonntag als Grundrecht in aller Deutlichkeit stärkte. Verkaufsoffene Sonntage im Einzelhandel sind demnach nur ausnahmsweise mit einem außerordentlichen öffentlichen Interesse, nicht aber mit kommerziellen Interessen begründbar. Zudem urteilte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in seinem Beschluss vom 31.03.2011, dass ein verkaufsoffener Sonntag dann unzulässig ist, wenn der als Anlass dienende Markt nur Alibifunktion hat.

Die geplante Sonntagsverkaufsverordnung für den Bereich der Industriestraße ist keine Beschränkung des räumlichen Geltungsbereichs auf das unmittelbare Umfeld der Anlässe. An diesem Punkt verweisen wir eindringlich(!) auf die Normenkontrollklage der Sonntagsallianz gegen die Stadt Ansbach (BayVGH, Az 22 N 18.243 v. 09.08.2018).

Für die vier verkaufsoffenen Sonntage im Gewerbegebiet an der A 6 können wir keine Prägewirkung der Anlässe für eine Offenhaltung der dortigen Verkaufsstellen erkennen. Zudem ist festzustellen, dass die Stadt Herrieden keine Prognose über Besucher*innenzahlen für die anlassgebenden Veranstaltungen einerseits und der Verkaufsstellen andererseits vorgelegt hat. Ein Fehlen der Prognose wird regelmäßig von den Gerichten gerügt (zuletzt vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof im März 2018 per Eilentscheidung wegen der Offenhaltung von Verkaufsstellen anlässlich des „Street Food Festival“ am 08.04.2018 und im Hauptsacheverfahren im Falle der Normenkontrollklage gegen die Stadt Ansbach, Az 22 N 18.243 v. 09.08.2018).

Nach der Bayerischen Verfassung dient der Sonntag der geistigen Erhebung der Menschen. Uns ist nicht ersichtlich, welchen Beitrag zu diesem Verfassungsgebot eine Sonntags-Ladenöffnung leisten kann. Die Idee des Ruhetages, an dem der Mensch zu sich selbst kommt, ausgedehnt sein familiäres, religiöses, kulturelles und soziales Leben pflegen und seinen Mitmenschen ohne jeden Gedanken an die eigene oder fremde Nützlichkeit begegnen kann, wird ausgehöhlt.

Der Besuch der Märkte und Feste kann sicherlich geistige Erholung ermöglichen. Um die Teilnahme an diesem Fest allen Bürger*innen in der Stadt Herrieden zu ermöglichen, fordern wir die Stadtratsmitglieder dazu auf, auf die Offenhaltung der Verkaufsstellen zu verzichten. Wir sagen: Ja zu Märkten und Festen, aber Nein zur Ladenöffnung aus diesem Anlass.

Nachhaltiges Handeln

Die Stadt Herrieden fühlt sich den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen verpflichtet und bezeichnet sich als Fair-Trade-Stadt. Damit diese Ziele erreicht werden können, werden kleine Schritte benötigt. Ein erster Schritt wäre: „die eigenen Lebens- und Konsumgewohnheiten hinterfragen“, so steht es auf der Homepage Ihrer Stadt sehr treffend formuliert. Dem pflichten wir bei, denn darunter fällt auch eine konsumfreie Zeit, die durch den freien Sonntag als rhythmische und gemeinsam planbare Unterbrechung des Alltags gegliedert wird. Der Sonntag schafft ein Stück mehr Freiheit vom Konsumzwang. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Hans-Jürgen Papier, bringt es auf den Punkt: „Sonntagsschutz ist Freiheitsschutz.“

Das LadSchlG und das Bundesverwaltungsgericht geben vor, dass eine Sonntagsöffnung nur dann zulässig ist, wenn der Anlass selbst und nicht die Sonntagsöffnung prägend ist, sich die Sonntagsöffnung also nach außen erkennbar lediglich als ein nebensächliches Beiwerk zum eigentlichen Anlass darstellt.

Zur Klarstellung möchte wir darauf hinweisen: Eine besondere Wettbewerbssituation und eine Imagewerbung für die Stadt Herrieden können keine Offenhaltung von Verkaufsstellen an Sonntagen begründen. Ein Wettbewerbsvorteil und korrigierende Strukturmaßnahmen sind von der Verordnungsermächtigung nicht gedeckt. An dieser Stelle möchten wir ausdrücklich auf die Rechtsprechung des BVerwG v. 17.05.2017 (8 CN 1/16 – juris Rn. 16) verweisen, in der festgestellt wurde, dass das alltägliche Erwerbsinteresse („Shopping-Interesse“) potentieller Kunden, aber auch das Umsatzinteresse der Verkaufsstelleninhaber eine Sonntagsöffnung gerade nicht rechtfertigen kann.

Vorsorgliche weisen wir Sie darauf hin, dass die Gerichte den Kirchen und Gewerkschaften eine Klagebefugnis zugestehen. Von dieser Möglichkeit wurde in jüngster Zeit häufig – und aus Sicht der Kirchen und Gewerkschaften sehr erfolgreich – Gebrauch gemacht (vgl. im Falle Ansbach BayVGH v. 09.08.2018 - 22 N 18.243).

Sollten Sie nicht von dem vorliegenden Verordnungsentwurf abrücken, werden wir uns weitere Schritte ausdrücklich vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen
gez.
Norbert Feulner
Regionssekretär
DGB Region Mittelfranken